Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 42 (1948)
Heft: 1

Rubrik: Schweizerische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Es ist infolgedessen auch verkehrt und aussichtslos, im großen Kampf der Zeit eine kaltschnäuzig-neutrale Mittelstellung zwischen Kapitalismus und Kommunismus einnehmen zu wollen und beide Mächte als im Grunde ja doch gleichartige Gewaltsysteme auf dieselbe Stufe zu stellen, was ja meistens nur eine façon de parler ist, da der Hauptkampf tatsächlich doch immer gegen den Kommunismus und die Sowjetunion geht. Wir werden sicher das diktatorisch-totalitäre Element im Sowjetkommunismus radikal verneinen müssen; aber ebenso entschieden müssen wir das *revolutionär-sozialistische* Element, das über die ganze Welt hin in ihm wirkt und einer ersten Zeitnotwendigkeit entspricht, bejahen und es mit einem *freiheitlichen* Sozialismus verbinden, der eindeutig und in erster Linie Front gegen den imperialistischen Kapitalismus und seine Verbündeten macht. Nur in diesem Sinn ist eine «Dritte Kraft» berechtigt, notwendig und fruchtbar; wenn sie, in irgendeiner theoretischen Einkleidung, praktisch lediglich dazu dient, die Sache der Gegenrevolution zu fördern und die revolutionären Kräfte abzufangen und zu neutralisieren, dann wirkt sie eben in Wahrheit demokratie- und sozialismusfeindlich und streitet wider die höchsten Güter und Ziele unseres Glaubens.

Der religiöse Sozialismus hat bisher in seinen besten Ausprägungen die Lage immer so gesehen. Er ist nie blind gewesen für die falschen, weil materialistischen und persönlichkeitsfeindlichen Elemente im landläufigen Marxismus – ganz im Gegenteil. Und dennoch hat er entschlossen Ja zu ihm gesagt und ist zu ihm gestanden – weil er durch alle menschlichen Verzerrungen und Entartungen hindurch doch immer Gott selber in ihm am Werke sah, in Gericht und Verheißung. Sollten wir zum Kommunismus unserer Tage grundsätzlich anders stehen? Sollten wir den freiheitlichen Sozialismus, auf dessen Boden wir uns stellen und der ein so großes Erbe zu verwalten hat, kraft- und saftlos dahinserbeln, sich in antikommunistischem Eiferertum verbürgerlichen und ihn so tatsächlich zum Werkzeug der gesellschaftlichen Konservation, ja der Gegenrevolution herabsinken lassen? Das sei ferne von uns. Unsere Aufgabe liegt heute klarer als je vor uns. Und wir suchen jetzt, da es immer tiefer in die Entscheidungen hineingeht, mehr als je nach Kraft, sie treulich zu erfüllen. Möge sie uns allen im neuen Jahr in dem Maße geschenkt werden, in dem wir ihrer bedürfen.

13. Januar. *Hugo Kramer.*

Schweizerische Rundschau

Zug nach rechts Es ist vielleicht nicht einmal so ein Schaden, daß unsere letzte Schweizer Rundschau schon zwei Monate zurückliegt. Das schafft wenigstens zeitlich einen gewissen Abstand von Ereignissen, denen man räumlich so nahe steht, und läßt ihre Entwicklungsrichtung um so deutlicher hervortreten. Wohin der Weg geht, kann in der Tat nicht zweifelhaft sein. Er geht

ausgesprochen nach *rechts*. Die Schweiz folgt damit nur dem «Zug der Zeit». Die rückläufige Bewegung der westlichen Welt wirkt durch tausend Verbindungskanäle auch in die Schweiz herein. Staatseingriff, Planung, Sozialismus oder gar Kommunismus sind dem «rechten» Schweizer von heute gründlich verhaßte Dinge; Wirtschaftsfreiheit und Privatinitiative hingegen sind wieder volkstümlichere Ideale als je. Und die unvermindert anhaltende wirtschaftliche Hochkonjunktur trägt mit ihrem einschläfernden, verfettenden und verhärtenden Einfluß auf das Volk noch weiter dazu bei, die konservativen, ja reaktionären Kräfte zu stärken. Die Nationalratswahlen haben dieser Tendenz schon im vergangenen Herbst unzweideutigen Ausdruck gegeben, und die seither erfolgten Wahlen und Abstimmungen in den Kantonen und Gemeinden — Thurgau, Bern, Biel usw., mit der beschämend wuchtigen Verwerfung des Frauenstimmrechts in beiderlei Gestalt durch die Mannen des ersten Standes der Eidgenossenschaft als krönendem Gipfel — haben die Gesamtrichtung der politischen Entwicklung in der Schweiz nur bestätigt. Daß die neue Bundesversammlung an ihrer ersten Tagung den bis dahin in den weitesten Kreisen des Volkes völlig unbekannt gebliebenen Herrn *Rubattel*, einen typischen Vertreter des gänzlich ideallos gewordenen, verhockt konservativen waadtländischen «Radikalismus» (o Druey, o Ruchonnet!), als Nachfolger des freilich auch nicht viel lebendigeren Wirtschaftsministers Stampfli in den Bundesrat gewählt hat, war durchaus stilgerecht; das bürgerliche Welschland, dessen Anspruch auf eine Doppelvertretung in der Landesregierung sonst vollauf berechtigt war, scheint eben wirklich keinen besseren Mann vorzusschlagen gehabt zu haben. Aber in *diesem* Bundesrat, in dem die Mittelmäßigkeit triumphiert, braucht ja auch Herr Rubattel keine Minderwertigkeitsgefühle zu haben. Und was die politische Gesamtorientierung der Landesregierung anlangt, so hat die föderalistisch getarnte Reaktion mit dem Eintritt des Waadtländers nicht nur eine Verstärkung, sondern die klare Mehrheit gewonnen.

Finanz- und Militärpolitik

Man wird diese Kräfteverschiebung bei der Vorbereitung der *Finanzreform* bald genug zu spüren bekommen. Dies um so mehr, als die Erstbehandlung des zu erwartenden bundesrätlichen Finanzprogramms mit vollem Bedacht dem Ständerat zugewiesen worden ist, in dem die rückschrittlichen Kräfte eine sichere Mehrheit haben. Und die wissen schon, was sie wollen: keine weitere Heranziehung der großen Einkommen und Vermögen durch eine auch noch so sehr gemilderte direkte Bundessteuer, hingegen vermehrte Belastung des Massenverbrauchs — durch erhöhte Zölle, Taxen, Umsatzsteuern und dergleichen —, Beschneidung der sozialpolitischen Bundesbeiträge (besonders derjenigen für die Verbilligung von Lebensmitteln), Personalverminderung und sonstige Ersparnisse, die auf Kosten der minderbemittelten Schichten, aber ohne Antastung «höherer» Interessen gemacht werden können.

In dieser Richtung ging ja schon die Beratung des Bundesvoranschlages für 1948 in der Dezembersession der Kammern, wobei die erbitterte Folgerichtigkeit, mit der fast alle Anträge auf Herabsetzung der bekanntlich neuerdings auf über 400 Millionen erhöhten ordentlichen *Militärausgaben* von der unbedingt armeefrommen Mehrheit niedergestimmt wurden, besonders auffiel. Die sozialdemokratische Fraktion, die im Nationalrat ein leichtes Gefecht um die Rüstungskredite lieferte, machte es der anderen Seite zwar bequem, die vaterländischen Interessen zu wahren, da sie sich peinlich hütete, grundsätzliche Opposition gegen den Armeebetrieb zu machen oder antimilitärische Töne anzuschlagen (was im bürgerlichen Lager auch dankbar anerkannt wurde), und sich statt dessen aufs Markten verlegte, indem sie auf verschiedenen Posten zunächst einmal Abstriche in der Höhe von 50 Millionen vorschlug, in der Meinung, daß dann so nach und nach die Militärausgaben auf 300 Millionen heruntergebracht werden könnten. Natürlich widersetzten sich die großen bürgerlichen Fraktionen diesem Versuch, der Katze den Schwanz stückweise abzuhauen, von vorneherein. Und wirklich, so geht es bestimmt nicht. In einem mit bloßen Zweckmäßigkeitsgründen geführten Kampf um das Militärbudget werden,

wie eine lange Erfahrung in allen Ländern lehrt, die «Fachleute» und der billige Militärpatriotismus immer gewinnen. Worauf es ankommt, und heute mehr denn je ankommt, das ist vielmehr, daß wir die überlieferte Militärpolitik *als solche*, daß wir das System der militärischen Einzelverteidigung eines kleinen Landes *an und für sich* in Frage stellen; die ganze Gestaltung der Weltlage wie insbesondere die völlige Revolution der Kriegstechnik stößt uns ja mit brutaler Eindeutigkeit gerade auf diese Aufgabe fortwährend hin.[1]

Und ist nicht auch das *Explosionsunglück im Kandertal* ein Menetekel für unseren Militarismus? Ist es nicht im wörtlichen Sinn eine Flammenschrift, die bei allen, welche noch einen Sinn für solche Warnungszeichen haben, Entsetzen hervorrufen muß — Entsetzen vor der namenlosen Katastrophe, die auch der Schweiz drohen würde, wenn ein Atomkriegsturm über Europa hinfegen sollte? Man ruft jetzt einer strengen Bestrafung der Herren Militärs, die in unglaublicher Fahrlässigkeit und im Vollgefühl ihrer Gottähnlichkeit das Unglück von Mitholz verschuldet haben, nachdem sie die Lehren der früheren kleineren Explosionen leichthin in den Wind geschlagen hatten. Aber wenn auch nach sechsjähriger völliger Unverantwortlichkeit der großen und kleinen Armeegötter jetzt wieder so etwas wie bürgerliche Verantwortlichkeiten festgestellt werden sollten, wenn bei der nun angehobenen Untersuchung tatsächlich mehr herauskommen sollte als bei der Behandlung früherer Militärskandale der Nachkriegszeit, wenn gegenüber der Priesterschaft am Allerheiligsten wirklich ebenso prompte Justiz geübt werden sollte, wie man sie am Direktor des Eidgenössischen Wasserwirtschaftsamtes, Herrn Mutzner, zu üben wußte, diesem Unglücksmenschen, der die Elektrizitätspolitik seines Herrn und Meisters Celio — leider anonym! — zu kritisieren gewagt hatte — selbst dann wäre nicht viel gewonnen, sofern dann einfach die in die Luft geflogenen 100 Millionen im nächsten Militärbudget wieder auftauchen würden und der ganze Militärbetrieb ruhig weiterginge, gleich als sei nichts geschehen. Ja, was *muß* denn eigentlich noch geschehen, bis wir endlich zum klaren Bewußtsein unserer wirklichen Lage aufwachen?

Wirtschaftliches und Soziales

Wie faul es mit dem ganzen offiziell-patriotischen Wesen steht, das lehrt auch die Affäre des sogenannten *Vaterländischen Verbandes*, dieser Sammelstätte bösartigsten Scharfmachertums, das sich, neben seinem «angestammten» Kampf gegen den roten Umsturz, in den letzten Jahren besonders auch auf die Emigranten- und Judenhetze verlegt hatte. Aus seiner Tätigkeit während der Kriegszeit sind ja unlängst ein paar ganz hübsche Sächelchen bekannt geworden; so seine Aktion für die «Einhaltung striktester Neutralität» (gegenüber dem Dritten Reich natürlich), für die Herr Bundesrat Etter, selbst Mitglied des Verbandes, begreiflicherweise weitgehendes Verständnis gezeigt habe, oder sein Eingreifen gegen den «früheren Generalstreikführer» Robert Grimm, über den im Februar 1941 am Radio hätte gesprochen werden sollen, aber nicht gesprochen werden *konnte*, weil dank der Wachsamkeit des VV der Landessender Beromünster «aus technischen Gründen» für eine halbe Stunde plötzlich außer Betrieb gesetzt werden mußte ... Und nun also die neuestens bekannt gewordene Glanzleistung des Vaterländischen Verbandes! Man wird ja wohl den tüchtigen

---

[1] Ein Einzelproblem dieses Kampfes, und ein grundsätzlich besonders wichtiges, beleuchtet ausgezeichnet die von der Zivildienstkommission des Schweizerischen Friedensrates herausgegebene Schrift «*Die Dienstverweigerung aus Gewissensgründen*». Ihr Verfasser ist unser Freund Otto *Siegfried*, der mit gründlichster Sachkenntnis alle Seiten des Problems knapp, klar und in menschlichem, freiheitlichem Geiste darstellt. Man wird nicht gut eine bessere Dokumentation zur Frage der Militärdienstverweigerung und des Zivildienstes schaffen können. Die Schrift kostet Fr. 1.50 und kann von der Pazifistischen Bücherstube, Gartenhofstraße 7, Zürich 4, bezogen werden.

Polizeiwachtmeister, der während zwanzig Jahren amtliches Material über verdächtige Persönlichkeiten an den VV verkauft hat, und vielleicht auch ein paar seiner Auftraggeber und Mitarbeiter — darunter Obersten, Fabrikanten, Doktoren usw. — etwas verurteilen müssen; aber was gilt's: wenn sich der *Kampf zwischen Kapital und Arbeit* erneut kritisch zuspitzen sollte, wenn gar einmal im Ringen um die soziale Neugestaltung auch in der Schweiz so etwas wie eine revolutionäre Lage entstünde, dann werden die jetzt anscheinend so heillos bloßgestellten Gruppen und Herren unfehlbar wieder vornedran stehen und mit vollen Backen das Vaterland in Gefahr erklären, das sie daraufhin mit ihren altbewährten Mitteln retten werden.

Und eine solche Lage *wird* sich früher oder später einstellen. Vorderhand ist freilich nicht daran zu denken. Die Stunde gehört den Mächten des Alten, des bedenkenlosen Verdienertums, des selbstsüchtigen Besitzes. Wohl haben auch die Lohnarbeiter und Angestellten einen gewissen Anteil an der Hochkonjunktur bekommen; aber was ist das im Vergleich zu den Vermögen, die sich die Ober- und Mittelschichten, bis herab zu manchen Gruppen des Kleinhandwerks, während dieser Jahre sichern konnten und weiter sichern? Und auch diese Lohnerhöhungen droht die wachsende *Teuerung* wieder wegzufressen, muß man doch heute für die gleiche Menge Güter und Dienste, die man vor dem Krieg noch für 100 Franken haben konnte, bereits über 160 Franken zahlen. Einer Stabilisierung der Preise aber wollen die Kreise von Handel, Industrie und Finanz nur zustimmen, wenn auch eine Stabilisierung der Löhne, ein «Lohnstopp» verfügt werde, der in Wirklichkeit auf eine Stabilisierung des ganzen kapitalistischen Wirtschaftsgefüges und der daraus folgenden empörenden Ungleichheit in der Verteilung von Vermögen und Einkommen hinausliefe. Das mag ja, mit Hilfe der «wirtschaftsfriedlichen» Kräfte in der Arbeiter- und Angestelltenschaft, eine Zeitlang auch gelingen; auf die Länge werden die Widersprüche und das Unrecht der herrschenden Ordnungen gerade zum Gegenteil zwingen: zum *Umbau* des ganzen Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüges, das nicht mehr künstlich konserviert werden kann, sondern durch die in ihm schaffenden Kräfte und Gesetze mehr und mehr in lebendige Bewegung gebracht werden wird.

In einer englischen Zeitschrift, dem «Political Quarterly», las ich unlängst aus der Feder von Leonard Woolf eine Besprechung der Lebensbeschreibung Neville Chamberlains. Darin heißt es: «Die Tragödie der Zwischenkriegsjahre war in unserem Land und in verschiedenen anderen, daß die Macht in den Händen der politisch phantasielosesten und unintelligentesten, wirtschaftlich aber reaktionärsten Klasse, der konservativen Geschäftsleute, blieb. Im Innern war das Hauptziel ihrer Politik, zu halten, was sie hatten (Churchill dehnte es auch auf die Reichsangelegenheiten aus) und der Arbeiterbewegung und dem Sozialismus sowenig wie nur möglich nachzugeben. International bestand ihre Politik darin, so wenig Verpflichtungen wie nur möglich einzugehen und so den Völkerbund unfruchtbar zu machen, aber alles mögliche zu tun, um die Sowjetunion zu schwächen. Ihre Politik war immer negativ und darum in der Welt, darin sie lebten, immer stumpfsinnig, war sie doch weithin auf Furcht gegründet, Furcht vor den arbeitenden Klassen, vor dem Verlust ihres Besitzes und ihrer Macht, vor dem Bolschewismus, vor einer Anpassung an neue Verhältnisse. Wie die Aristokraten des 18. Jahrhunderts waren sie voll guter Absichten und unzeitgemäßer Plattheiten — man lese Baldwins oder Chamberlains Reden —, aber die Verkalkung eines unfruchtbaren Konservativismus hatte ihnen alles soziale Verständnis oder schöpferische Vermögen entzogen, und ihre Politik war daher notwendigerweise, ob nun der Führer ein träger Mensch wie Baldwin oder ein energischer Mann wie Chamberlain war, negativ, furchtsam, wirklichkeitsfremd und grundsatzlos. Sie suchten vergebens mit der Zukunft dadurch fertig zu werden, daß sie ihr den Rücken kehrten.»

Gilt das nicht sozusagen Wort für Wort auch für *unsere* herrschende Klasse, zumal sich diese aufs engste mit dem konservativen Klerikalismus zusammengeschlossen hat, mit dem sich das aufsteigende liberale Bürgertum vor hundert Jahren so heftig auseinanderzusetzen gehabt hatte? Die neue Schweiz, die damals durch-

brach, muß eben abermals erkämpft werden, und diesmal gegen *beide* Lager, die Anno 1847/48 widereinander standen. Nur in diesem Sinn kann heuer das Jubiläum der Bundesverfassung gefeiert werden, soll es nicht zur Lüge und zum Unsegen werden!

14. Januar. *Hugo Kramer.*

Uriel Mayer

Spruch über Zion

Späh aus ins Tal, ob Mord nicht drohe,
ob Feuer nicht, Mal Kains, die Stadt
entheilige, die dreifach hohe
der Frommen, ob Gewalt, die rohe
nicht neu uns weise, wie nie matt
wird Haß, wie Massenrausch Besinnen
nie kennt, wie siebenfach verflucht
der Mörder Kains bleibt . . . Kann gewinnen
auch nur ein Leben aus dem Rinnen
stets neuen Blutes, wer es sucht?

Jerusalem, 2. Dezember 1947.

Hilfe für die religiös-sozialen Freunde in Deutschland

Wir sehen immer deutlicher, daß es nicht richtig war, der Hilfsaktion für die deutschen Gesinnungsfreunde zunächst den Charakter von etwas Einmaligem zu geben. Die Not hält an; die Widerstandsfähigkeit ist oft erstaunlich, aber muß ja naturgemäß mit der Zeit abnehmen, besonders wenn die Hoffnung auf baldige Besserung der Lage getäuscht wird. Ebenso natürlich ist es, daß sich auch der Kreis jener, denen wir helfen möchten, erweitert. So wurde zum Beispiel eine Sendung von Getreideprodukten, die nach fast einem Jahr Verzögerung ausnahmsweise bewilligt worden war, durch die Berliner Freunde, Herr und Frau Pfarrer Rackwitz, unter eine große Zahl von Mitgliedern der Bewegung verteilt, worauf so erschütternde Dankbriefe eintrafen, daß es fast unerläßlich schien, die Bedürftigsten unter ihnen auf die Liste jener zu nehmen, die gelegentlich ein Lebensmittelpaket erhalten. Sowohl die Zeugnisse von unvorstellbarer Not als auch jene von hingebender Arbeit für ein besseres Deutschland verpflichten uns, die kleine Hilfsaktion fortzusetzen und geben uns den Mut, immer wieder an unsere so vielseitig beanspruchten Freunde zu gelangen. Geldspenden bitten wir auf das Konto der Religiös-Sozialen Vereinigung, VIII 15557, einzuzahlen, mit der Bemerkung «Für die deutschen Freunde»; getragene Kleider und eventuell Eßwaren (keine Getreideprodukte und keine Schokolade) sind an das Sekretariat, Gartenhofstraße 7, Zürich 4, zu senden.

Zum voraus den herzlichsten Dank! *Christine Ragaz.*